# **BREMER RUNDSCHAU**

Sozialistische Bremer Stadtzeitung der DKP | Februar 2022

# Energie muss bezahlbar sein!

Die Energiepreise explodieren. Im August 2021 legten sie im Vergleich zum Vorjahr um 12,6 Prozent zu. Heizöl verteuerte sich zum Vorjahr um 12,6 Prozent zu. Heizöl verteuerte sich im Schnitt um 57 Prozent, Kraftstoffe um 27 Prozent. Weitere Steigerungen sind angekündigt.

Gleichzeitig werden auch Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs teurer. Das macht vor allem Familien mit geringen Löhnen oder mit dem Bezug von Sozialleistungen zu schaffen. Energieversorgung und Mobilität sind Grundrechte. Sie müssen für alle bezahlbar sein und gehören in Öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle. Als Sofortmaßnahme fordert die DKP einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen und Soforthilfen für arme Familien!



#### **ENERGIEPREISSTOPP JETZT!**

Von den steigenden Energiepreisen ist jede und jeder betroffen. Bei vielen ist der Schock groß, wenn die Rechnungen kommen oder der Tank mal wieder leer und der Weg zur Arbeit weit ist. Welche Auswirkungen haben die steigenden Preise auf ihren Alltag?

Machen Sie mit und geben Sie der Kampagne Energiestopp ein Gesicht: kampagne@unsere-zeit.de

# Wie viele unserer Leserinnen und Leser

... haben auch wir Hoffnungen und Sorgen. Corona wird in allen Familien diskutiert - aber auch soziale Fragen, die Klimaentwicklung und ein neuer "Kalter Krieg", der teuer und gefährlich ist.



Die sozialen Probleme des neuen Jahres sind die alten. Auch mit der Ampel-Koalition wird es nicht besser werden: Wir erleben eine ständige Teuerung des täglichen Bedarfs. Renten und Sozialhilfesätze werden so erhöht, dass die Erhöhung sofort wieder abgeschmolzen wird. Wer zum Einkaufen geht merkt: Im Einkaufswagen ist weniger, auf dem

Kassenzettel stehen höhere Preise. Von den Energiepreisen (Heizungs-, Strom- und Spritpreisen) weiß man jetzt, wohin sie getrieben werden.

Die Politik der Immobilienkonzerne lässt die Grundstückspreise und Wohnungsmieten weiter steigen. Kapitalisten zerstören das Klima unserer Erde, rauben die Bodenschätze, vernichten die Vegetation, zerstören natürliche Kreisläufe. Armut, Not und kriegerische Auseinandersetzungen bringen Flüchtlinge, die oft im "kalten Mittelmeer" elendig ums Leben kommen.

Alle diese Themen müssen angesprochen werden. Sie müssen auf den Tisch! Änderungen müssen erkämpft werden.

Die **BREMER RUNDSCHAU"** ist eine kleine vierteljährliche Stadtzeitung. Wir wissen aber: Die "große" und die "kleine Politik" gehören zusammen. Wir freuen uns, wenn Sie uns dabei unterstützen. –

Die Redaktion

# **Bremer Familienalltag**



Lisa lebt mit ihrem Mann, Jan, und Tochter Emma etwa 20 Kilometer von Bremen entfernt. Sie haben dort ein Reihenhaus gefunden, das sie sich leisten können. Leider gibt es dort keine Kita. Deshalb ist Jan nach wie vor zu Hause, kümmert sich um Emma und renoviert das Haus. Als die Pandemie begann, waren sie über diese Lösung froh. Inzwischen ist Lisa arbeitet **OP-Schwester** erschöpft. Sie als Schichtdienst am Klinikum Mitte in Bremen. Sie muss mit dem Auto zur Arbeit fahren, weil der Öffentliche Nahverkehr zu den Zeiten, wo sie ihn braucht, noch schläft.

Nach 20 Monaten Arbeit unter Pandemiebedingungen hat sie im Herbst zum ersten Mal gestreikt. Zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen in der GeNo ist sie für mehr Gehalt und für die Anerkennung ihrer Leistungen auf die Straße gegangen. Sie ist Mitglied von ver.di geworden, hat viele neue Menschen kennengelernt und Mut gefasst, sich für Interessen einzusetzen, die Bedingungen nicht einfach hinzunehmen. Über die erkämpfte Einmalzahlung, die sie im März bekommen soll, hat sie sich gefreut. Die Lohnerhöhung hätte höher sein dürfen, vor allem hätte sie sie früher und nicht erst Ende kommenden Jahres gebraucht. Anfang Dezember sind die ersten Abrechnungen für Gas und Strom eingetroffen. Die Familie muss viel Geld nachzahlen. Im Oktober 2021 kostet Energie fiir einen Drei-Personen-Musterhaushalt 1.178 Euro mehr als im Vorjahr. Das ist eine durchschnittliche Steigerung von 35 Prozent

im Vergleich zum zurückliegenden Jahr. Durch die Nachzahlungen ist das Konto kurz vor dem Dispo. Doch damit nicht genug. Die Gasversorger kündigen eine Preiserhöhung um 21 Prozent an. Das macht für den kleinen Haushalt 310 Euro mehr. Die Stromanbieter wollen 7 Prozent mehr. Das sind nochmals 91 Euro weniger im Portemonnaie. Auch die Benzinpreise sollen weiter steigen, laut Prognosen um 13 Prozent. Das wären allein fürs Pendeln von Lisa 108 Euro zusätzlich.

In den letzten Monaten wurde der Einkauf immer teurer, der Wagen aber nicht voller. Gerade die Lebensmittelpreise sind gestiegen, vor allem für Gemüse und Getreide. Bei der vom Statistischen Bundesamt errechneten Steigerung von 5 Prozent waren das im vergangenen Jahr 270 Euro, die Jan zusätzlich in den Läden gelassen hat. Bleibt die Preissteigerung stabil, wird er in diesem Jahr weitere 290 Euro mehr bezahlt haben.

Die Einmalzahlung von 1.300 Euro, die Lisa im März bekommen soll, ist längst ausgegeben. Die Lohnerhöhung ab Dezember kommenden Jahres kann die Verluste, die die kleine Familie bis dahin macht, nicht ausgleichen. Lisa, Jan und Emma müssen den Gürtel enger schnallen, wenn sie ihr Häuschen behalten wollen. Andere müssen das nicht. Im Gegenteil. Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und Kaufland, hat sein Vermögen von 19,8 Milliarden US-Dollar im Jahr 2020 auf 36,9 Milliarden gesteigert.

**Impressum** 

# 8. März 2022 - 111 Jahre Internationaler Frauentag!



Die Frauenbewegung ist in den letzten Jahren zu neuem erwacht und **Frauenstreiks** und Frauenproteste sind zu einer weltweiten **Bewegung** geworden. Insbesondere der Frauenstreik am 8. März 2018 in Spanien mit fast 6 Millionen Streikenden hat großen Mut gemacht und neuen Auftrieb gegeben, auch für Frauenbewegung in Deutschland. Lasst uns den 8. März 2022 zu einem kämpferischen Frauentag machen – es gibt mehr als genug Gründe.

In den letzten Jahren hat die Frauenbewegung gewerkschaftliche Frauenstreiks begleitet. So z.B. die Streiks in der Hauswirtschaft, im Gesundheitswesen und im Einzelhandel. Am diesjährigen Internationalen Frauentag steht die Unterstützung der Tarifrunde der Sozial- und Erziehungsdienste (S&E – über 80 % Frauen) im Mittelpunkt. In dieser Tarifrunde geht es um 3 wichtige Themen: Verbesserung der belastenden Arbeitsbedingungen, finanzielle Aufwertung der Arbeit und Maßnahmen gegen den großen Fachkräftemangel.

In vielen Orten werden zum Verhandlungsauftakt am 25.Februar sowie am 8. März gemeinsame Aktionen, Kundgebungen, Demos und auch Streiks vorbereitet. Diese intensive Zusammenarbeit zwischen Frauenbewegung und Gewerkschaften ist neu. Wir als DKP-Frauen begrüßen diese Entwicklung eines gemeinsamen Kampfes, denn es bringt alle dem großen Ziel der Gleichberechtigung einen Schritt näher.

Die Pandemie hat die Diskriminierung der Frauen weiter verschärft. Aber ein Zurück zur Normalität davor ist keine Lösung. Auch da gab es systematische Benachteiligung von Frauen, doppelte Ausbeutung und Unterdrückung – durch Lohnarbeit sowie unbezahlte Haus- und Sorgearbeit, Lohndiskriminierung, häusliche Gewalt und Femizide. Die Pandemie hat diese Probleme verschärft und sichtbarer gemacht. Die weitreichenden Folgen der Krise stehen noch bevor. Die hohe Inflation, insbesondere bei Energie, Lebensmittel und Mieten wird zu weiterer Verarmung führen. Härtere Verteilungskämpfe stehen in den kommenden Monaten und Jahren an und sie werden Frauen verstärkt treffen.

Unser Frauenkampf ist Teil des Klassenkampfes, denn wir kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung des Kapitals. Die Gewerkschaften müssen hier eine zentrale Rolle spielen. Wichtige Ziele wären die deutliche Anhebung der Löhne in typischen "Frauenberufen", gleichen Lohn für gleiche Arbeit und der Kampf für eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Damit würden sich die Voraussetzungen für eine ökonomische Unabhängigkeit enorm verbessern. Auf der DGB-Bundesfrauenkonferenz im November 2021 wurde beschlossen: "In der Frauenbewegung lernen wir alle voneinander und kämpfen solidarisch für eine bessere gleichberechtigte Zukunft ohne Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung." Das zeigt, dass auch die Gewerkschaften offener geworden sind für eine Zusammenarbeit und einen gemeinsamen Kampf. Aber auch beim Kampf gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und häusliche Gewalt sowie der Überwindung alter Rollenbilder könnten Gewerkschaften eine wichtige Funktion übernehmen, indem sie dies zum Thema in den Betrieben und Dienststellen machen.

In allen gewerkschaftlichen Kämpfen gilt es, die Frauen einzubeziehen, ihre Kämpfe zu unterstützen und die Frauenbewegung inklusive die Protestform des Streiks zu stärken. (BR | VKG)

### 8. März - Internationaler Frauentag

Wie sah eigentlich die geschlechtliche Gleichstellung in der DDR aus?



Die gesetzliche Grundlage der Frauen- und Familienpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik bildete das **1950** beschlossene Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde für Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik als selbstverständlich angesehen und gezielt gefördert. Bis 1989 waren nahezu 92 Prozent der Frauen in das Erwerbsleben integriert, was eine deutlich höhere Erwerbsquote der Frauen und somit auch eine ökonomische Unabhängigkeit vom Mann gegenüber der Bundesrepublik Deutschland anzeigt.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen entsprach natürlich einerseits der sozialistischen Vorstellung von geschlechtlicher Emanzipation und diente andererseits Deckung des Arbeitskräftebedarfs sozialistischen Aufbau, da viele Männer durch den Zweiten Weltkrieg getötet wurden, im KZ der Hitler-Faschisten ihr Leben ließen oder zu Invaliden wurden. Männliche Facharbeiter entschieden sich aber auch frühzeitig, lieber ihre Arbeitskraft im Westen zu verkaufen, als beim Aufbau für ein neues und sozialistisches Deutschland einzusetzen.

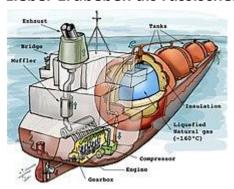
Die Förderung der weiblichen Berufstätigkeit wurde beispielsweise durch den Aufbau eines umfassenden Säuglings- und Kinderbetreuungssystems oder durch spezielle Lehr- und Studienpläne für studentische Familien geschaffen. Im Rahmen der Familienpolitik förderte der Staat Ehepaare, wenn sie Kinder bekamen. Dies geschah durch spezielle Kredite und durch Fürsorge bei der Wohnungsvergabe. In der Abtreibungsfrage wurde den Frauen im Rahmen des

1972 eingeführten Abtreibungsgesetzes die Wahl gelassen, die Schwangerschaft innerhalb der ersten zwölf Wochen abbrechen zu lassen. Dennoch stieg die Zahl der Geburten zwischen 1973 und dem Höchststand im Jahre 1980 um ein Drittel. Anfangs ging im Alltag die Frauenemanzipation durch Erwerbstätigkeit zumeist mit doppelter Belastung einerseits im Beruf, andererseits in Haushalt und Familie einher. Eine jahrhundertlange männlich geprägte patriarchalische Denkweise lässt sich nicht in zwei Jahrzehnten umkehren, aber ein Anfang wurde gemacht – auch dank der sozialistischen Verfassung der DDR.

Dort steht in Artikel 20:

Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.

#### Lieber Erdbeben als russisches Gas



Der Machtkampf des Westens gegen Russland führt zu einer langfristigen Erhöhung des Erdgaspreises in Deutschland und zu einer tendenziell unsicheren Versorgung. Das ergibt sich aus Plänen der Bundesregierung, künftig stärker auf die Einfuhr von Flüssiggas zu setzen. Flüssiggas ist teurer als Pipelinegas; zudem ist es unter aktuellen Bedingungen unzuverlässig: Flüssiggastanker können jederzeit zu einem anderen Ziel gesteuert werden, wenn sich dort höhere Preise erzielen lassen. Es kommt hinzu, dass Flüssiggas "fast so klimaschädlich wie

Steinkohle" ist, wie ein Experte des Umweltbundesamts erklärt. Auch weiterhin nicht in Betrieb genommen wird die Pipeline Nord Stream 2, obwohl sie, wie Branchenvertreter bestätigen, dem aktuellen Mangel in der Bundesrepublik abhelfen könnte. Dieser nimmt gravierende Ausmaße an: Gas ist teurer denn je; die Gasspeicher in Deutschland sind so leer wie noch nie zu dieser Jahreszeit. Bei einer lediglich einwöchigen Kältewelle würde die Versorgung kollabieren. Berlin besteht auf Gasimporten aus Groningen – und verhindert die Stilllegung des dortigen Gasfeldes wegen Erdbebengefahr.

Quelle: german-foreign-policy.com

### Von der 1. bis zur 1000. Friedenskundgebung

Am 30. Oktober 2001 gründete sich die Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg unter Forderungen wie "Sag Nein! Wir protestieren gegen den Krieg in Afghanistan! Wir protestieren gegen den Hungertod der Geflüchteten! Wir werden gegen die Unmenschlichkeit dieses Krieges tun, was in unseren Kräften steht. Unser Gewissen verpflichtet uns dazu!" Diese Friedensresolution gaben sich 9 friedensbewegte Menschen, 2 Mitglieder der SPD, 3 Mitglieder der DKP, 1 Grüner, 1 Anarchist sowie 2 Pastoren.

Am 9. November (!) 2001 führten wir in der Fußgängerzone Vegesack unsere 1. Friedenskundgebung durch, vielleicht sollte noch eine zweite hinzukommen. Daraus wurden nun 1.000 Friedenskundgebungen, durchgeführt bei Wind und Wetter. Jeden Freitag um 17 Uhr und immer das gleiche Ritual, seit über 20 Jahren: Nicht eine Kundgebung, auch in Pandemiezeiten fiel aus, nur sechs Wochen hatten wir keine Räumlichkeiten zur Nachbereitung. Unterschiedlichste persönliche und politische Charaktere haben sich den weltweiten Friedenserhalt und die Völkerfreundschaft auf ihre Fahnen geschrieben; für die Internationale Solidarität kamen allein in 1000 Friedenskundgebungen 51.388 Euro zusammen.

Vierteljährlich reinigen SPD- und DKP-Mitglieder 54 Stolpersteine. Zweieinhalb Jahre sammelten Friedensaktivisten 1500 Unterschriften unter dem Friedensappell "Abrüsten statt Aufrüsten" und 400 Unterschriften für die Verlegung von zwei Stolpersteinen."

#### Aktuelles

"Die Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg führt am Donnerstag, d. 24. Februar 2022, dem Vorabend unserer 999. Friedenskundgebung, um 18.30 Uhr in der Evangelisch-Methodistischen Christuskirche Vegesack eine Veranstaltung mit dem Schauspieler Rolf Becker durch, der Erich Fried lesen wird. Die Veranstaltung wird pandemiebedingt leider nur mit 35 Menschen durchzuführen sein.

Unsere 1.000. Friedenskundgebung findet am Freitag, den 4. März 2022 um 17 Uhr in der Fußgängerzone dem Kaufhaus Leffers Vegesack, vor Gründungsmitglied Pastor Volker Keller wird sprechen, es werden zwei Friedensgedichte vorgetragen und zwei Friedenslieder gesungen. Spenden gesammelt für medico International, für eine medizinische Basisgrundversorgung im Gazastreifen. Seit mehreren Wochen thematisieren wir Russische Föderation -Ukraine/USA/NATO, jeden Freitag tragen wir das Gedicht "Meinst Du, die Russen wollen Krieg!" von Jewgeni Jewtuschenko vor. Um 18.30 Uhr spricht anschließend in der Ev.-Methodistischen Christuskirche Vegesack Prof. Dr. Wolfram Elsner über die VR China mit anschließender Diskussion.

Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg (Auszug)

# Ja zum Impfen - Nein zur Impfpflicht!



Mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes hat der Bundestag eine Impfpflicht für viele Einrichtungen im Gesundheitswesen beschlossen. In bald zwei Jahren Corona-Pandemie haben wir gelernt, dass nichts von Dauer ist und wir uns ständig neuen Situationen anpassen müssen. Die allermeisten Kolleginnen und Kollegen haben dies trotz hoher Belastung in allen Bereichen wie selbstverständlich gemeistert und werden dies auch weiterhin leisten.

Nun müssen aber ab dem 16. März alle Kollegen ihren Arbeitsplatz verlassen, die nicht mindestens eine zweifache Impfung gegen Covid-19 erhalten haben oder genesen sind.

Wir finden diese Entscheidung falsch, weil sie erfahrene und zuverlässig arbeitende Kollegen dazu zwingt, sich gegen ihren Willen impfen zu lassen oder den Beruf zu

verlassen. Das wird die Versorgung der Patienten nicht nur nicht verbessern, sondern zusätzlich noch weiter verschlechtern in einer Phase, in der ein möglicher steiler Anstieg an Infektionen alle (noch) vorhandenen personellen Kapazitäten erfordert. Um die Einhaltung von Infektionsschutzmaßnahmen im Interesse der Patienten und Kollegen kämpfen wir seit Jahrzehnten.

BREMER RUNDSCHAU | Februar 2022 Seite 6



### Ukraine-Krise: Friedenspolitik statt Kriegshysterie!

Die Krise um die Ukraine hat sich zur ernsten Bedrohung des Friedens in Europa zugespitzt.

Eine einseitige Schuldzuweisung an Russland, wie sie von einigen westlichen Regierungen und in den großen Medien vorgenommen wird, ist nicht gerechtfertigt und nimmt zunehmend den Charakter von Kriegspropaganda an.

Trotz der Militärmanöver in der Nähe zur Ukraine hat Russland kein Interesse an einem Krieg, der für alle Seiten katastrophale Folgen hätte. Es stehen ähnlich viele Soldaten auf der ukrainischen Seite und bedrohen die pro-russischen Rebellen von kontrollierten Gebiete in der Ostukraine. Auch ohne kriegerische Absicht besteht angesichts angespannten Situation die Gefahr, eine Provokation zum Funken wird, der das Pulverfass explodieren lässt.



ein legitimes ist Sicherheitsinteresse Moskaus, dass die Osterweiterung der NATO, die seit 1999 immer näher an die russischen Grenzen heranrückt, nicht auch noch auf die Ukraine ausgedehnt wird. Das würde die Vorwarnzeit für Moskau bei einem

Angriff mit Atomraketen auf 5 Minuten verkürzen. Die aktuelle Krise ist Teil eines globalen und seit längerem bestehenden Konflikts, dessen Wurzeln im Anspruch der USA liegen, "dass Amerika wieder die Welt führt," wie es der US-Präsident formuliert. Die europäischen NATO-Staaten schließen sich dem mit einigen Nuancierungen als Juniorpartner an. Dagegen lehnen andere, darunter Russland, eine westliche Dominanz ab und wollen als gleichberechtigte Partner in einer multipolaren Weltordnung respektiert wer -

den. Es ist an der Zeit, dass das Prinzip der ungeteilten, gemeinsamen Sicherheit wieder akzeptiert wird, wie es bereits im Kalten Krieg anerkannt wurde. Im Atomzeitalter kann keine Seite ihre Sicherheit auf Kosten der anderen erhöhen. Sicherheit gibt es nur gemeinsam.

Erste Schritte müssen eine Demilitarisierung entlang der russisch-ukrainischen Grenze und an den Grenzen zwischen Russland und der NATO sein, sowie die Umsetzung des Abkommens von *Minsk II*. Es sieht einen Waffenstillstand vor, Dialog der Konfliktparteien und einen Sonderstatus der Regionen Donezk und Luhansk innerhalb der Ukraine.

Kräfte, die mit aggressivem Nationalismus und Revanchismus die Spannungen anheizen, müssen auf allen Seiten zurückgedrängt werden.

Propagandakrieg, Säbelrasseln, Sanktionen und Aufrüstung müssen aufhören. Stattdessen brauchen wir Deeskalation und Diplomatie. Dies umso mehr, als die globale Bedrohung durch Klima- und Umweltkatastrophen nur durch internationale Kooperation abgewendet werden kann.

#### Von der Bundesregierung fordern wir:

- Konkrete Schritte zur Deeskalation, keine militärischen oder getarnt-militärische Lieferungen an Kiew
- Schluss mit Kriegsrhetorik, Konfrontationspolitik und Sanktionen gegen Russland;
- Aktives Eintreten für die Umsetzung des völkerrechtlich verbindlichen Abkommens *Minsk II*;
- Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit;
- Aktives Eintreten für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen (Auszug Friedensaufruf)

#### Ja zum Impfen – Nein zur Impfpflicht! ► Fortsetzung von Seite 5

Zur Durchsetzung der entsprechenden Maßnahmen fordern wir eine gesetzliche Personal- bemessung und eine ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser. (...) Die Behauptung, "Die Ungeimpften sind an der Pandemie schuld!" ist nicht haltbar. War diese Aussage schon im vergangenen Herbst falsch, so ist sie mit Omikron als vorherrschender Variante erst recht offensichtlich widerlegt. Wochenlang wurde die Konzentration der Diskussion so auf die Ungeimpften gelenkt, statt den Blick auf die Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus zu richten. (...) Eine bessere Gesundheitsversorgung erreicht man nicht durch das Schaffen von Sündenböcken, sondern nur durch eine Umsteuerung, weg von den existierenden massiven Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen. Personalknappheit und überfordernde Arbeitsbedingungen werden durch wirtschaftliche Zwänge verursacht. Das Fallpauschalensystem setzt diese falschen Anreize. (...) Das hat unser Versorgungssystem bereits vor Corona an den Rand des Kollapses gebracht. Spätestens jetzt ist es notwendig, hier radikal umzusteuern.